

Marktbericht November 2018





DIE WELTWIRTSCHAFT

■ Waffenstillstand im Handelskrieg?

Ein Hauptthema nach dem G20-Gipfel in Buenos Aires, das kurzfristig auch für einen kräftigen Aufschwung an den Aktienmärkten sorgte, war die Nachricht, dass sich US-Präsident Donald Trump und Chinas Machthaber Xi Jinping darauf verständigt haben, neue Strafzölle vorerst für 90 Tage auszusetzen. Nach Angaben der US-Regierung soll China zugesagt haben, Zölle auf US-Autos "zu reduzieren und abzuschaffen". Das Ergebnis ist besser als vom Markt erwartet, aber es besteht immer noch eine große Kluft. Die Situation ist durchaus fragil und noch steht ein langer Verhandlungsweg bevor.

Wirtschaftsberater von Präsident Donald Trump gehen davon aus, dass China rasch Zölle auf bestimmte Importe aus den USA abschaffen wird.

US-Präsident Trump hat zudem auch im eigenen Land an Fronten zu kämpfen. Nach der Zwischenwahl ist der US-Kongress gespalten und seine Partei hat im Repräsentantenhaus ihre Mehrheit sehr deutlich verloren. Für die Wirtschaftspolitik, global und auch im Land, verheißt das Wahlergebnis nichts Gutes. Sollte sich das US-Wachstum verlangsamen und die derzeit starken Wachstumszahlen zurückgehen, werden die Demokraten Trump wohl kaum unterstützen, Maßnahmen durch den Kongress zu bringen. Die Folge wäre ein Stillstand.

Auf der chinesischen Seite wird eine Abschwächung der Konjunktur offensichtlich. Den Konjunkturdaten des Nationalen Statistikbüros von November zufolge ist der offizielle Einkaufsmanagerindex für das produzierende Gewerbe auf 50,0 Punkte, nach 50,2 Punkten im Oktober, gefallen. Damit befindet sich die chinesische Industrie nun an der Schwelle zum Wendepunkt. Einige Teilindexwerte, wie z. B. die für die Auftragseingänge sowie im Import und Export, bewegten sich den fünften Monat in Folge unterhalb der Marke von 50 Punkten. Auch gingen der Index für neue Aufträge in der Industrie sowie der Produktionsindex zurück.

Für Überraschung sorgte das chinesische Exportwachstum mit einem Wert von 15,6 Prozent, bei Schätzungen von 11,7 Prozent. Zugleich legte auch das Importwachstum mit 21,4 Prozent überraschend stark zu.



Die politisch brisanten chinesischen Importe aus den USA reduzierten sich mit minus 1,8 Prozent hingegen zum zweiten Mal in Folge.

Diese Daten unterstreichen damit deutlich die Vorzieheffekte gegen weitere Zollerhöhungen durch die US-Regierung. Geplant ist nach derzeitigem Stand eine erneute Zollerhöhung im Januar 2019 auf 25 Prozent bezogen auf ein Handelsvolumen von 200 Mrd. USD. Die Unternehmen verfolgen die Strategie, lieber jetzt die Vorräte an Gütern aufzustocken und können so einen längeren Zeitraum ohne teurere Importe auskommen.

Unternehmer wie auch die Analysten sind skeptisch, ob es wirklich zu einer Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China kommt.

Viele Frühindikatoren haben nach unten gedreht und es ist ein Rückgang der Nachfrage aufgrund der gestiegenen Unsicherheit, die die US-Regierung ausgelöst hat, in China wahrscheinlich. In einem Interview mit dem Wall Street Journal sagte Trump, es sei „höchst unwahrscheinlich“, dass er auf die Bitte Chinas eingehen werde, die zum 1. Januar 2019 geplante Erhöhung der Zölle von zehn auf 25 Prozent zu stoppen. Es kann also damit gerechnet werden, dass US-Präsident Donald Trump mit seinen Strafzöllen auf Importe aus China wie geplant fortfahren wird.

EUROPA

■ Brexit –und was jetzt?

Die britische Regierungschefin hat beim EU-Gipfel den Ausstieg besiegelt und eine Einigung mit Brüssel und den 27 Staats- und Regierungschefs erzielt. Mit dem fast 600 Seiten starken Austrittsvertrag existiert nun zwar eine Mustervorlage für den Austritt aus der EU, aber zu den künftigen Beziehungen ist damit noch nicht viel geklärt.

Der Vertrag soll unter anderem den EU-Bürgern in Großbritannien und den Briten auf dem Kontinent auch nach dem Brexit Rechtssicherheit garantieren, so dass sie weitestgehend wie bisher weiterleben können. Zudem ist eine Schlussrechnung für britische Zahlungen an die EU vereinbart, die sich über einige Jahre hinweg auf geschätzt rund 45 Milliarden Euro belaufen soll. Ein dritter zentraler Punkt, um den bis zuletzt gerungen wurde, ist die Irland-Frage.



Die derzeitige Vereinbarung sieht vor, dass es an der Grenze zwischen dem EU-Staat Irland und dem britischen Nordirland auch künftig keine Kontrollen geben soll.

Großbritannien bleibt während der Übergangsphase nach dem Austritt mindestens bis Ende 2020 gewissermaßen Mitglied der EU, ohne noch mitbestimmen zu dürfen. In dieser Phase soll sich für die Wirtschaft und die Bürger beider Seiten quasi nichts ändern. Sollten die schwierigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen scheitern, würde laut dem Austrittsabkommen die Auffanglösung für Irland greifen und ganz Großbritannien müsste in der EU-Zollunion bleiben und dürfte sie ohne die Zustimmung Brüssels nicht wieder verlassen.

Das britische Unterhaus muss noch über den Brexit-Vertrag entscheiden und es ist noch lange nicht klar, ob es hier eine Zustimmung für Premierministerin Theresa May und „ihren“ Vertrag geben wird. Die meisten Industrieunternehmen haben sich im Vorfeld für das mit Brüssel ausgehandelte Abkommen ausgesprochen und sich somit eindeutig Pro-May positioniert. Ein ungeregelter Austritt ist für viele das größere Übel. Eine unabhängige Beratung hat errechnet, dass es die britische Regierung rund 37 Milliarden Pfund kosten wird, um die Trennung von der EU zu vollziehen. Viele Briten sind der Meinung, Theresa May zahlt für ihren Brexit-Deal einen zu hohen Preis – und das nicht nur monetär.

DEUTSCHLAND

■ Wirtschaftsnachrichten sprechen für einen schwachen Start in 2019

Angesichts der ernüchternden wirtschaftlichen Nachrichten sind die Ökonomen pessimistisch für die weitere Entwicklung in Deutschland gestimmt. Die deutsche Wirtschaft ist im 3. Quartal dieses Jahres um 0,2 Prozent gegenüber dem Vorquartal geschrumpft. – und gefühlt hat das kaum einer. Im Vergleich zum vorherigen Quartal ist dies der erste Rückgang seit Anfang 2015. Noch im 2. Quartal hatte die deutsche Wirtschaft um kräftige 0,5 Prozent zugelegt.

Ökonomen sprechen schon davon, dass Deutschland kein Konjunkturproblem, sondern ein Automobilproblem hat.



Für viele sind für die Konjunkturflaute die Probleme der Autoindustrie bei der Umstellung auf das neue Abgastestverfahren WLTP verantwortlich, weswegen die Unternehmen ihre Produktion deutlich herunterfahren mussten.

Institute, Banken und Volkswirte sehen das Bruttoinlandsprodukt für 2019 nur noch mit rund 1,2 Prozent wachsen und damit so langsam wie seit 2013 nicht mehr. 2017 lag der Wachstumswert noch bei 2,2 Prozent und für das zu Ende gehenden Jahr 2018 werden 1,5 Prozent erwartet.

Auch scheinen die deutschen Exporte zunehmend unter den vor allem von den USA angeheizten Handelskonflikten zu leiden, denn nach vorläufigen Berechnungen sind im dritten Quartal 2018 weniger Ausfuhren gemeldet worden.

Doch nicht nur der USA-China-Konflikt bereitet den Unternehmen Sorgen, sondern auch eine mögliche Eskalation zwischen Russland und der Ukraine, die Verhandlungen zum Brexit sowie der italienische Haushaltsstreit auf europäischer Ebene unterstützen die Befürchtung, dass der Konjunkturmotor an Schwung verlieren könnte. Das trübt die Aussichten für 2019.

Der ifo-Geschäftsklimaindex rutschte zum dritten Mal in Folge und erreichte mit 102 Punkten den zweitniedrigsten Wert in 2018. Die aktuelle wirtschaftliche Situation wird ebenso wie der Ausblick auf die kommenden sechs Monate pessimistisch beurteilt.

Auch die sogenannten Wirtschaftsweisen sind weniger optimistisch für das kommende Jahr. Die fünf Experten sehen für 2018 ein Wachstum um 1,6 Prozent, wie es aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hervorgeht.

Die Inlandsnachfrage legte im September 2018 um 2,8 Prozent zu, Aufträge aus dem Ausland reduzierten sich hingegen um 1,4 Prozent. Der Auftragseingang stieg um 0,3 Prozent gegenüber dem Vormonat. In ihrem Frühjahrsgutachten hatten die Wirtschaftsweisen noch ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,3 Prozent prognostiziert. Für 2019 erwarten die Experten ein BIP-Plus von 1,5 Prozent.

Während im Dezember noch das bevorstehende Weihnachtsfest wie in jedem Jahr die Kauflaune der Konsumenten beflügelt, wird das neue Jahr auch nach Ansicht der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) eher wenig erfreulich beginnen. Mit einer Rezession rechnen die Ökonomen jedoch nicht, vielmehr soll das BIP im 4. Quartal wieder moderat zulegen.



NE-METALLE

ALUMINIUM

■ Schwache Notierungen – trotzdem Optimismus

Die Aluminiumpreise gerieten wie die anderen Industriemetalle aufgrund der erneut stark gefallenden Aktienmärkte, dem Einbruch der Ölpreise und wegen eines festeren US-Dollar zwischenzeitlich spürbar unter Druck. Für das Leichtmetall bedeutete das in der Berichtszeit November 2018 nach einem festen Start mit 1.985 USD am 02.11.18 einen zwischenzeitlichen Rückgang bis auf 1.938 USD am 13.11.18. Es gab dann auch keinen Monatsendspurt, sondern noch einen Dämpfer bis auf 1.924 USD zum 28.11.18.

Das International Aluminium Institute gab zuletzt bekannt, dass die tägliche globale Aluminiumproduktion im Oktober 2018 gegenüber dem Vorjahr zwar um 4,1 Prozent gestiegen ist, aber im Vergleich zum Vormonat war sie um 1,2 Prozent rückläufig. Der Rückgang wird nahezu ausschließlich auf China zurückgeführt. Die geringeren Aluminiumexporte Chinas im Oktober haben bereits auf eine niedrigere Produktion hingedeutet und dieses Ergebnis erwarten lassen.

Der Aluminiummarkt weist eindeutig ein Defizit auf, aber die Lagerbestände in den lizenzierten Lagerhäusern der Londoner Metallbörse (LME) reduzieren sich nicht weiter. Im Monatssaldo haben sich die Lagerbestände seitwärts bewegt: 1.047.325 t am 01.11.18 und 1.052.450 t am 30.11.18. Zwischenzeitlich stiegen die Vorräte bis auf 1.073.050 t, was aber keinen Einfluss auf die Notierungen zeigte.

Der Markt ist weiterhin geprägt von den gestiegenen Rohmaterialpreisen, insbesondere für Aluminium. Die Margen der Schmelzwerke sind im Oktober deutlich geschrumpft.

Solange der Handelsstreit zwischen den USA und China schwelt, ist ein kurzfristiger Preisanstieg nicht zu sehen. Mittel- bis langfristig gehen Analysten aber von höheren Preisen aus, falls das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleiben sollte. Der norwegischen Aluminiumproduzent Norsk Hydro sieht ein Wachstum der globalen Nachfrage nach Aluminium im nächsten Jahr um zwei bis drei Prozent.



Der Markt für Primäraluminium dürfte weiterhin ein Defizit aufweisen, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass es weiterhin unklar bleibt, wie die USA mit den angekündigten Sanktionen gegen den russischen Aluminiumproduzenten Rusal verfahren will. Es wird von Marktteilnehmern mit einer Verlängerung der Sanktionen bis in den Januar 2019 hinein gerechnet, da sich auch der Konflikt mit Russland wegen der Ukraine wieder zu verschärfen scheint. Insgesamt wirken sich die US-Strafzölle auf die Aluminiumindustrie aber weniger massiv aus als erwartet.

KUPFER

■ Handelsstreit belastet das Leitmetall besonders

Der Kupferpreis spiegelt die Sorge wider, dass der Handelsstreit zwischen China und den USA die Nachfrage nach Industriemetallen beeinträchtigen wird, insbesondere da die Notierungen an der LME im Jahresverlauf massiv gesunken sind.

Die Aussicht darauf, dass US-Präsident Donald Trump wie geplant mit seinen Strafzöllen auf Importe aus China fortfahren wird, beschert Kupfer auch in der aktuellen Berichtsperiode Verluste. Im Monatstief wurde das rote Metall bei 6.048 USD gehandelt. Insgesamt fehlte dem Markt eine klare Richtung und die Notierungen waren sprunghaft, ohne dass sich eine klare Tendenz abzeichnete. Mit 6.245 USD am 19.11.18 wurde zwischenzeitlich der Höchststand erreicht.

Dazu beigetragen haben Sorgen über Angebotsengpässe. Die von BHP betriebenen „Spence“-Kupfermine in Chile, die 2017 eine Produktion von rund 200.000 Tonnen erreichte, wurde vorübergehend bestreikt um gegen Entlassungen zu protestieren. Beabsichtigt ist dort bis 2021 eine Verdoppelung der Produktion. Ab Mitte Dezember plant der weltweit größte Kupferproduzent Codelco in Chile für mehrere Monate zwei Schmelzen anzuhalten, um die Anlagen auf neue Emissionsstandards umzurüsten. Dadurch kann es erneut zu einem Angebotsengpass und somit zu einem geringeren Angebot am Weltmarkt kommen.

Zu dem erwarteten Engpass kann es insbesondere dann kommen, wenn Chinas Wirtschaftsentwicklung und die Pläne der Regierung, die Infrastruktur Asiens zu verbessern, umgesetzt werden. Die *Belt and Road Initiative*, auch bezeichnet als *Die neue Seidenstraße*, wird für das Infrastrukturprojekt große Mengen an Metall benötigen.



Bei der Betrachtung der Monatsanfangs- und endbestände der Vorräte in den LME-Lägern sind diese nahezu unverändert geblieben. 136.675 t am 01.11.18 und 136.175 t am 30.11.18. Aber in der Zeit dazwischen gab es durchaus massive Veränderungen. So wurden am 02.11.18 beispielsweise 180.375 t gemeldet, die dann bis zum Berichtsende sukzessive abgebaut wurden.

Der Vorstoß im Handelsstreit hat den Preis für Kupfer zuletzt in die Höhe getrieben und mit mehr als 6.350 USD auf den höchsten Stand seit Oktober 2018 gebracht. Unterstützung erhielten die in Dollar gehandelten Metallpreise auch von der US-Währung, die sich im Vergleich zu mehreren anderen Währungen abschwächte.

Marktbeobachter erwarten nicht, dass es dem Kupferpreis gelingt sich vom aktuellen Druck zu befreien. Vielmehr deutet die Bilanz der letzten Handelswochen auf eine Fortsetzung der Auf- und Abbewegungen hin.

NICKEL

■ Notierung fällt trotz niedriger LME-Vorräte auf ein Jahrestief

Der Nickelpreis ist in der Berichtszeit auf ein Jahrestief bei 11.175,50 USD gefallen und hat danach einen weiteren Tiefpunkt mit 10.760 USD am 23.11.18 erreicht. Hintergrund ist eine mögliche Wende in der Politik der philippinischen Regierung (weltweit zweitgrößter Nickelproduzent) gegenüber der Minenindustrie im Land. Nach Angaben des Umweltministeriums dürfen neun von zwölf Minen, die vor über einem Jahr geschlossen wurden, wieder öffnen. Das stellt einen Wendepunkt in einem aus Umweltgründen angeordneten Überprüfungsprozess der philippinischen Minen, der seit etwa zwei Jahren läuft, dar. Sollten die Minen tatsächlich wieder produzieren und damit auch wieder Erz exportieren, dürfte sich die Versorgungslage von Nickel stabilisieren und somit zu einer Entspannung der Versorgungslage beitragen.

Die International Nickel Study Group hatte schon auf ihrer Herbsttagung Anfang Oktober für 2019 einen besser versorgten Nickelmarkt in Aussicht gestellt und sich hier auch auf die Philippinen bezogen.

Weitere mögliche Erklärungen könnten auch die hohen Importe von Nickelraffinade und Nickeltungstschmelze (NPI) aus Indonesien sowie der massive Anstieg der Nickelerz-Lagerbestände in China sein.



Seitens der Lagerverfügbarkeit sollte es eigentlich Rückenwind für die Notierungen geben, denn die LME-Lagerbestände für Nickel sind auf den tiefsten Stand seit September 2013 gefallen. Die Lagerbestände in Shanghai (inkl. der zollfreien Zone und der SHFE) sind dem chinesischen Analysedienst SMM zufolge allein im Oktober um rund 19 Prozent auf 55.000 Tonnen gefallen.

In den LME-Lägern kam es zu keiner großen Verschiebung. Mit 218.868 t startet der November, mit 213.570 t schloss der Monat.

Nickel ist eines der Zukunftsmetalle und Analysten sehen hier viel Potential. Nickel wird langfristig zunehmend bei E-Motoren verwendet und speziell die unsichere Versorgungslage bei Kobalt führt verstärkt zum Umdenken bei Batterie- und Autoherstellern. China ist hier ein Vorreiter und mit der ab 2019 geltenden Elektro-Autoquote wird die Kfz-Branche zu einem radikalen Kurswechsel zu New Energy Vehicles (NEV) gezwungen. Durch ein Punktesystem für den E-Auto-Bereich wird eine Quote von aktuell mindestens 10 Prozent des abgesetzten Kfz-Volumens und 12 Prozent ab 2020 vorgegeben. Es gibt bereits heute in China viele Städte mit Fahrverboten für Fahrzeuge mit konventioneller Antriebstechnik, da die Umweltbelastung zu hoch ist.

Die Analysten erwarten trotz aktueller Korrekturfahren langfristig höhere Nickelpreise. Kurzfristig wird sich der Markt eher seitwärts bewegen.

ZINK

■ Zinkmarkt weiter im Angebotsdefizit

Zink schlug sich im November 2018 erfolgreicher als die anderen Basismetalle. An der LME lagen die Zinknotierung ohne große Verluste auf einem Niveau um 2.500 USD, mit kleinen Ausschlägen nach oben mit 2.591 USD am 02.11.18 und mit 2.478 USD nach unten.

Doch die letzten Handelstage gestalteten sich auch für Zink recht schwierig, da auch das eigene fundamentale Umfeld wenig Perspektiven bietet. Der schwelende Handelskonflikt und die Sorge um die chinesische Wirtschaftsentwicklung belasteten ebenso wie der weiterhin robuster US-Dollar.

Analysten rechnen damit, dass die inländischen chinesischen Hütten die Produktion herabsetzen werden, was die Zinkpreise kurzfristig stützen könnte.



Die Erwartung eines defizitären Angebots wurde durch den jüngsten Bericht der International Lead and Zinc Study Group (ILZSG) bestätigt.

Für den globalen Zinkmarkt sieht die ILZSG hohe Angebotsdefizite. Der Markt war in den ersten drei Quartalen dieses Jahres mit über 305.000 Tonnen unterversorgt. Im Vergleich zum Vorjahr fiel das Defizit (398.000 Tonnen) allerdings deutlich geringer aus. Das weltweite Angebot expandierte in 2018 nur moderat, da China und Indien weniger Zink produziert haben. Für das Jahr 2019 erwartet die Expertengruppe dennoch ein weiterhin ausgeprägtes Defizit, denn trotz des steigenden Minenangebots wird der Markt im nächsten Jahr mit einem Defizit von 72.000 Tonnen strukturell angespannt bleiben.

Für Zink gibt es durchaus positive Marktfaktoren, wie u. a. auch die Entwicklung der Lagerbestände. Diese zeigen in der Berichtsperiode eine rückläufige Tendenz und sie reduzierten sich um beträchtliche 26.625 t auf zuletzt 117.550 t. An der London Metal Exchange liegen die Bestände von Zink nahe dem geringsten Stand seit zehn Jahren.

Die Angebotsentwicklung wird bei dem Legierungsmetall 2019 im Fokus stehen. Neben den Daten der ILZSG sollten auch mögliche Produktionskürzungen in China während der Wintermonate beachtet werden, die den Bedarf weiter beeinträchtigen könnten.



IMPRESSUM

Herausgeber:

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk
Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon: +49 (0)2339-605-5
Fax: +49 (0)2339-605-888-88
E-Mail: info@aluminiumonline.de
Internet: www.aluminiumonline.de

Redaktionsleitung: Matthias Kämper
(V.i.s.d.P.) Rainer Kämper

Redakteurin: Petra Reuther

Schriftleitung: Michael Obst

Erscheinungstermin: Monatlich

Rechtliche Hinweise:

Die Marktinformation und alle in ihr enthaltenen Beiträge, Abbildungen und Charts sind urheberrechtlich geschützt. Eine Verwertung, wie Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen sowie die Einspeicherung in elektronischen Systemen, ist nur für eigene Zwecke statthaft. Eine Bearbeitung oder Änderung ohne unsere Zustimmung ist unzulässig und strafbar.

Müller & Sohn übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit der in diesem Marktbericht mitgeteilten Informationen und haftet nicht für abgeleitete Folgen.

Müller & Sohn GmbH & Co. KG
Metall-Aufbereitungswerk

Rechtsform:
GmbH & Co. KG

Postfach 92 22 49
D-45543 Sprockhövel-Haßlinghausen

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel
Amtsgericht Essen, HRA 8543
Steuernummer: 323/5819/0278
USt-ID-Nr.: DE 247 385 649

Harkortstraße 22
D-45549 Sprockhövel-Haßlinghausen

Telefon +49 [0] 2339-605-5

Persönlich haftende Gesellschafterin:

Fax +49 [0] 2339-605-888-88

Müller & Sohn Geschäftsführungsgesellschaft mbH

E-Mail info@AluminiumOnline.de

Sitz der Gesellschaft: Sprockhövel

Web www.AluminiumOnline.de

Geschäftsführer: Rainer Kämper, Matthias Kämper

Amtsgericht Essen, HRB 20164

